

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Kurswechsel in der Rohstoffpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1979) : Kurswechsel in der Rohstoffpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 1, pp. 2-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135267>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Kurswechsel in der Rohstoffpolitik

Für die deutsche Entwicklungspolitik endete das Jahr 1978 mit einer Sensation. Die Bundesrepublik – lange Zeit einer der entschiedensten Gegner des von den Entwicklungsländern favorisierten Gemeinsamen Fonds zur Stabilisierung der Rohstoffpreise – wird sich nicht nur an der Finanzierung dieses Fonds beteiligen; sie wird sich darüber hinaus auch bei den Vereinigten Staaten und den Ländern des Ostblocks für deren Beteiligung an diesem System verwenden.

Diese Erklärung von Bundeskanzler Schmidt anlässlich des kleinen Nord-Süd-Gipfels, zu dem der jamaikanische Regierungschef Michael Manley seine Kollegen aus Australien, der Bundesrepublik, Kanada und Norwegen sowie aus Nigeria und Venezuela Ende Dezember eingeladen hatte, signalisiert das Einschwenken der bisher als „hardliner“ verschrienen Deutschen. Helmut Schmidts veränderte Haltung deutet darauf hin, daß der Nord-Süd-Dialog in eine neue Phase eintritt. In dem von Regierungssprecher Bölling gepriesenen angenehmen Verhandlungsklima ist man sich zwischen Nord und Süd nähergekommen. In dem kleinen Kreis auf Jamaika überwogen erstmalig die allgemeine Kooperationsbereitschaft und das Verständnis für die Probleme des anderen und nicht die bisher typische Konfrontations- und Klassenkampfatmosphäre der internationalen Großkonferenzen. Der große Durchbruch bei der Realisierung der von den Entwicklungsländern nachdrücklich und allenthalben geforderten Neuen Weltwirtschaftsordnung zeichnet sich nunmehr im Rohstoffsektor – dem Schlüsselbereich für die Veränderung der wirtschaftlichen Beziehungen – bei der Kernfrage des Gemeinsamen Fonds immer deutlicher ab.

Die von der Rohstoffproduktion und -ausfuhr abhängigen Länder der Dritten Welt haben die Zustimmung zu diesem Fonds zum Prüfstein für die weitere Zusammenarbeit zwischen den reichen Nationen des Nordens und den Habenichtsen des Südens gemacht. Verhandlungstaktisch geschickt versuchten sie die Diskussion der vielfältigen Einzelprobleme der zahlreichen Rohstoffmärkte und ihrer Stabilisierungsmöglichkeiten zunächst auszuklammern. In der richtigen Erkenntnis, daß der größte Widerstand von Produzenten und Verbrauchern aufgrund der zu erwartenden Kosten auftreten werde, wollten sie das gesamte Finanzierungsproblem in einem großen Wurf vorab gelöst wissen. Seit der vierten UNCTAD-Konferenz, die 1976 in Nairobi stattfand, propagieren sie deshalb den Gemeinsamen Stabilisierungsfonds für mindestens achtzehn besonders wichtige Rohstoffe, der vor Abschluß einzelner Abkommen von allen Entwicklungs- und Industrieländern nach einem bestimmten Schlüssel zu finanzieren ist.

Massiver Widerstand kam nur von den Vertretern der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik. Für sie zeichnete sich mit dem Gemeinsamen Fonds die Gefahr eines weltweiten anti-marktwirtschaftlichen Rohstoffdirigismus ab, der selbst das europäische Agrarsystem noch in den Schatten stellen würde. Aufgrund der zu erwartenden planwirtschaftlichen Fondspolitik prognostizierten sie schwere Schäden für die Weltwirtschaft und vor allem zusätzliche Belastungen für die ärmsten Länder. Ihre Alternative bestand in der rigorosen Reduzierung der Fondskompetenzen auf eine Kassenstelle zur Gewährung von Finanzierungshilfen für einzelne Rohstoffabkommen und in der Forderung, statt der Rohstoffpolitik die Maßnahmen zur Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft durch weitere Öffnung der Industrieländermärkte zu forcieren.

Daß diese ablehnende Argumentation auf tönernen Füßen stand, wurde mittlerweile in mehreren ökonomischen Analysen deutlich. Ihnen zufolge ist der Schaden einer Stabilisierung der Rohstoffpreise – je nach Ausgestaltung – für die Gruppen der armen Entwicklungsländer ebenso wenig zwingend zu erwarten wie Wohlstandsverluste für die ohnehin bereits erheblich von den Idealvorstellungen des Freihandels entfernte Weltwirtschaft. Da sich gleichzeitig die angestrebte weitergehende und beschleunigte Öffnung der Märkte in den Industrieländern angesichts des wachsenden Protektionismus als kaum realisierbar erwies, wurde die rigorose Ablehnung des Entwicklungsländervorschlags zunehmend schwieriger.

Entscheidend für den deutschen Kurswechsel dürften letztlich die außenpolitischen und wirtschaftlichen Eigeninteressen gewesen sein. Nachdem sich auch die Carter-Administration unter dem Einfluß von Fred Bergsten offensichtlich mit dem Rohstofffonds anfreundete, geriet die Bundesrepublik als letzter Gegner des Vorschlags zunehmend in die Gefahr der politischen Isolierung. Eine derartige Rolle mußte jedoch sowohl aus außenpolitischen Überlegungen als auch wegen der starken Abhängigkeit der eigenen Wirtschaft von Rohstofflieferungen der Dritten Welt vermieden werden.

Bei der Konferenz von Jamaika hat die Bundesrepublik inzwischen Flexibilität vor der Weltöffentlichkeit demonstriert. Der ehemalige Gegner des Programms hat die Rolle des Promotors übernommen. Mit der beabsichtigten Einbeziehung der Ostblockstaaten in die Fondsfinanzierung hat der Bundeskanzler eine Linie eingeschlagen, die allem Anschein nach auch von der internationalen Nord-Süd-Kommission seines Vorgängers Willy Brandt verfolgt wird. Damit macht sich die Bundesrepublik zum Sprecher der großen Gruppe unzufriedener Entwicklungs- und Industrieländer, die nicht länger tolerieren wollen, daß der Ostblock als bedeutender Teil der Weltwirtschaft von vornherein aus der Diskussion um die Neue Weltwirtschaftsordnung ausgeklammert wird. Die bei jeder sich bietenden Gelegenheit stereotyp wiederholte These von der Nichtverantwortlichkeit der sozialistischen Staaten für die wirtschaftliche Rückständigkeit und für das Geschehen auf den Rohstoffmärkten stößt als Begründung der finanziellen Abstinenz gegenüber Förderungsmaßnahmen für die Entwicklungsländer in zunehmendem Maße auf weltweite Kritik. Gerade weil aufgrund der starren Position des Ostblocks in dieser Frage selbst Optimisten kurzfristig keine großen Erfolge erwarten, versprechen hier schon bescheidene Fortschritte deutscher Diplomatie eine nachhaltige Erhöhung des internationalen Prestiges.

Damit könnte auch der Einfluß der Bundesrepublik auf die künftigen Verhandlungen über die Neue Weltwirtschaftsordnung und Rohstoffprogramme erheblich zunehmen. Denn die anstehenden Fragen sind mit der Gründung des Gemeinsamen Fonds noch keineswegs gelöst; ganz im Gegenteil stellen sich erst danach die komplizierten Detailprobleme der Ausgestaltung einer neuen Ordnung. Möglicherweise hat die Bundesregierung hier wegen ihrer veränderten Einstellung zum Rohstofffonds größere Chancen, breitere Unterstützung für ihr Konzept einer internationalen sozialen Marktwirtschaft zu finden.

Diese Ordnung beruht auf den Grundsätzen von Wettbewerb und Marktwirtschaft, sieht aber ähnlich wie die soziale Marktwirtschaft innerhalb des Landes umfangreiche soziale Unterstützungsmaßnahmen für die nicht leistungsfähigen Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft vor. Bisher waren solche Maßnahmen im Außenwirtschaftsbereich auf wenige Ausnahmen – wie etwa Assoziierungs- und Präferenzabkommen – beschränkt. Mit der Unterstützung des Stabilisierungsfonds für Rohstoffe greift der soziale Aspekt auf einen für die Mehrzahl der Entwicklungsländer existenzwichtigen Bereich über. Für die Zukunft wird es darauf ankommen, weitere Kompromißmöglichkeiten zu entwickeln, die mit den eigenen Zielvorstellungen harmonisieren und den Wünschen der Dritten Welt nach Verbesserung ihrer Situation entgegenkommen. Ansatzpunkte dafür bieten sich schon bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Gestaltung der einzelnen Rohstoffabkommen sowie im gesamten Fragenkomplex der Industrialisierung der Entwicklungsländer.

Die für die extrem außenhandels- und rohstoffabhängige Bundesrepublik unerläßliche Marktwirtschaft wird sich nur erhalten lassen, wenn sie sich weltwirtschaftlich notwendigen Anpassungen nicht verschließt. Mit der Kurskorrektur von Jamaika scheint Bonn die Weichen in die richtige Richtung gestellt zu haben.